

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION



**FRAUEN
BEWEGEN
DIE WELT**

FRAUEN IN FÜHRUNG Frauen haben Lust auf Gestaltung und Macht. Doch noch immer gibt es viele Hindernisse auf dem Weg nach oben. Wo es die Quote gibt, macht sie ganz klar den Unterschied. Das Titeldossier von Katrin Göring-Eckardt und Ulle Schauws.

Seite 4

DIE GRÜNE GARANTIESICHERUNG Höchste Zeit, ein zentrales Sicherungsversprechen des Sozialstaats endlich ein- und Hartz IV abzulösen. Von Anja Hajduk, Sven Lehmann und Wolfgang Strengmann-Kuhn. **Seite 8**

HILFT IMMER Der Notfallmediziner Janosch Dahmen kommt bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie zur rechten Zeit als Nachrücker in den Bundestag. Ein Porträt von Petra Schönhöfer. **Seite 12**

RUSSLAND IST NICHT PUTIN Gnadenlos gegen Regimekritiker*innen, korrupt und kalt lächelnd pfeift Präsident Putin auf westliche Werte. Die Bundesregierung muss sich entscheiden, auf welches Russland sie setzen will, fordern Katrin Göring-Eckardt und Manuel Sarrazin. **Seite 14**

ZÜGIG VORAN Die Bahn soll das Rückgrat einer klimaneutralen Mobilität werden. Das grüne Bahnkonzept stellt mit Milliarden Investitionen die Weichen auf Zukunft. Matthias Gastel und Anton Hofreiter erläutern, wie das geht. **Seite 16**

AUS DEN ARBEITSKREISEN Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Mit Abstand oder digital: Unsere Veranstaltungen nutzen alle Möglichkeiten zum Austauschen, Anstoßen, Vernetzen.

Seite 22

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de,
V. i. S. d. P.: Sibylle Kraut-Eppich, Redaktion: Gisela Hüber, Tim Meyer, Gestaltung: Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann,
 Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 110.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss:
 28.03.2021, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

wir befinden uns im dritten Lockdown. Und immer noch erleben wir eine Bundesregierung, die den Mangel verwaltet, anstatt entschlossen zu handeln. Wir brauchen mehr Sicherheit und neue Konzepte, nur dann wird auch wieder mehr Freiheit möglich. Schnelltests dürfen nicht nur in der Theorie verfügbar sein, auch in der Arbeitswelt muss verbindlich getestet werden. Und es muss endlich überall und mit allen verfügbaren Vakzinen geimpft werden. Immer deutlicher zeigt sich, dass unser Land schlecht regiert wird. Angefangen bei den fehlenden Masken und Schutzausrüstungen über die stockenden Wirtschaftshilfen bis hin zu der quälend langsamen Impfkampagne.



Foto: Chaperon

In der Pandemie erleben wir eine überforderte Bundesregierung. Dazu kommt, dass sich Abgeordnete von CSU und CDU an der Krise persönlich bereichert haben. Das erschüttert das Vertrauen doppelt und ist hochgefährlich. Jahrelang haben vor allem diese beiden Parteien mehr Transparenz und striktere Regeln blockiert. Ehrenerklärungen reichen nicht. Es braucht schärfere Gesetze: Veröffentlichungspflichten bei Nebentätigkeiten auf Euro und Cent, ein Verbot der entgeltlichen Lobbytätigkeit, einen legislativen Fußabdruck für Bundesregierung und Parlament und ein gesetzliches Lobbyregister. Das muss schnell passieren, damit der schwarze Filz nicht überdeckt, was für Mitglieder des Bundestages selbstverständlich sein sollte: saubere Politik, Anstand und Haltung.

Lasst uns nach mehr als einem Jahr Corona auch über das „Danach“ reden: Was wollen wir wiederhaben, was nicht? Und was soll besser werden?

Zum Beispiel die Gleichberechtigung der Frauen. Wir streiten mit Engagement für die Gleichstellung – mit gesetzlichen Regelungen für gleiche Bezahlung, die wir auch in der Pandemie schmerzlich vermissen, und einer Quote für Frauen in Führungspositionen.

Zum Beispiel der soziale Zusammenhalt. Er lebt davon, dass man sich darauf verlassen kann, in der Not nicht alleine dazustehen. Dieses Vertrauen und die Sicherheit muss ein moderner Sozialstaat vermitteln, damit die Menschen Kraft haben, mit Krisen klarzukommen, damit sie auch Neues wagen. Die grüne Garantiesicherung gibt ihnen diese Sicherheit.

Und Neues wagen müssen wir, um die Klimakrise zu stoppen, bevor es zu spät ist. Wege dazu gibt es. Warum nicht Dächer durch Solaranlagen zu Kraftwerken machen und ein Bahnnetz schaffen, das uns rasch und verlässlich durchs Land transportiert? Es müsste drin sein.

Katrin Göring-Eckardt
 Fraktionsvorsitzende



FRAUEN BEWEGEN DIE WELT

VON KATRIN GÖRING-ECKARDT UND ULLE SCHAUWS

FRAUEN WOLLEN MEHR. BIS SIE IN
FÜHRUNGSPPOSITIONEN IN UNTERNEHMEN
UND IN DER POLITIK AUF ALLEN EBENEN
GLEICHBERECHTIGT VERTRETEN SIND, WIRD
ALLERDINGS NOCH MANCHER KAMPF ZU
FÜHREN SEIN. DOCH ES LOHNT SICH.
NICHT NUR FÜR DIE FRAUEN.

Am 8. Juni 2020 tanzte Jacinda Ardern mit ihrer Tochter. Es war ein Freudentanz – denn Neuseeland war nach 101 Tagen erstmals frei von Covid-19. Die entschlossene Strategie der Premierministerin war offenbar aufgegangen. An der University of Liverpool überprüften Forscher*innen angesichts dieses Erfolgs die These, dass frauenregierte Länder besser durch die Corona-Krise kommen. Das Ergebnis war eindeutig. Regierungschefinnen reagierten schneller und entschlossener auf die Herausforderungen der Pandemie. Natürlich werden manche einwenden, dass wir mit Angela Merkel die Krise nicht gerade gut bewältigen. Das mag für die Zeit seit dem Herbst stimmen, hat aber vielleicht auch mit Männern zu tun, die im Wahlkampf mehr an ihren eigenen politischen Erfolg denken.

VON PARITÄT WEIT ENTFERNT

Weltweit verändern Frauen die Welt, ob auf der Straße, in Unternehmen und Forschung oder in den Parlamenten. Aus Entscheidungspositionen sind Frauen nicht mehr zurückzudrängen, aber sie sind nach wie vor in der Minderheit. Ihr Anteil in den nationalen Parlamenten beträgt weltweit nur 25 Prozent. Deutschland belegt mit 30,7 Prozent im Deutschen Bundestag auch einen unrühmlichen Platz. Die Vorstände der 160 deutschen Börsenunternehmen sind nur zu etwa 10 Prozent mit Frauen besetzt. Und auch der Anteil der Professorinnen ist mit 20 Prozent weit von der Hälfte entfernt.

Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern ist nicht nur ein Gebot des Grundgesetzes. Eine moderne, krisenresiliente Gesellschaft ist auf eine möglichst breite Beteiligung aller Menschen angewiesen. Nur so ist gewährleistet, dass sich neue Ideen schnell durchsetzen und eine flexible Anpassung an veränderte Situationen gelingt. „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, besagt Artikel 3 des Grundgesetzes und weiter heißt es dort: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Aber tut er das tatsächlich? Und wenn ja, wie lange müssen wir warten, bis sich die Wirkung entfaltet?

FRAUEN IN FÜHRUNG

Wie bei der Frage, um die es hier vorrangig gehen soll: Frauen in Führungspositionen. Wer so tut, als ginge es dabei nur um eine Handvoll Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten, verkennt die gesellschaftliche Dimension. Auch hier gilt es, Strukturen aufzubrechen und neue Vorbilder zu schaffen – in allen Bereichen und auf allen Ebenen. Denn die jahrzehntelange männliche Prägung des Arbeitsmarktes wirkt immer noch nach: Das Ideal ist die lange, ungebrochene Karriere (des Mannes); Geburt und Familienzeit stören dieses Bild. Männer besetzen Führungspositionen und bilden oft schon im Studium Netzwerke, die als Gatekeeper Frauen draußen halten: „Du gehörst hier nicht dazu!“ Als Führungsqualitäten gelten Eigenschaften, die eher Männern zugeschrieben werden: Durchsetzungskraft, Dominanz, Autorität. Führung im Stil eines Doppel-Null-Agenten: im Anzug, aber aus der Zeit gefallen. Moderne Führung bietet längst ein ganz anderes Bild, sie beruht auf Werten, Motivation, Respekt und Inspiration. Die sprichwörtliche gläserne Decke, an die Frauen auf dem Weg nach oben immer wieder stoßen, ist nicht leicht sichtbar, aber sie ist wirkungsvoll. Und sie potenziert ihre Wirkung, wenn weitere Diskriminierungsmerkmale wie Herkunft, Behinderung oder sexuelle Identität dazukommen.

Nach wie vor sind Führungspositionen in der Wirtschaft zu großen Teilen fest in Männerhand. Dabei studieren an den Universitäten seit den 90er-Jahren ungefähr genauso viele Frauen wie Männer, in den letzten Jahren hat sich der Frauenanteil sogar erhöht. Frauen erzielen im Schnitt die besseren Abschlüsse. Doch nach wenigen Berufsjahren machen viele die gleiche Erfahrung: Sie werden von Männern abgehängt. Ungleiche Chancen trotz gleicher Qualifikation. Wie seit vielen Jahren beträgt nach wie vor das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen 19 Prozent. Seit 25 Jahren ist der „Gender Pay Gap“ wissenschaftlich belegt, seitdem hat er sich nur minimal verändert. Von den Folgewirkungen, zum Beispiel bei den Rentenunterschieden, dem „Gender Pension Gap“, ganz zu schweigen.

ALLES BEIM ALTEN?

Festgefahrene Strukturen in unserem Land erschweren bis heute Gleichberechtigung und zementieren Nachteile für Frauen. Da ist zum Beispiel die Aufteilung der Fürsorgearbeit in Familien. Für viele Mütter bedeutet die Geburt eines Kindes einen Karriereknick. Für sie ändert sich sehr viel, für die Männer kaum etwas. Schon die Möglichkeit einer Schwangerschaft stellt noch immer ein Einstellungsrisiko dar. Tatsächlich bringen Frauen mehr Zeit für Care-Arbeit auf als Männer. Laut Bundesfamilienministerium sind es im Schnitt 90 Minuten täglich, die sie darauf verwenden, dass zu Hause der Laden läuft, die Wäsche gewaschen und die Schulaufgaben gemacht sind. Noch immer ist Kinderbetreuung in unserer Gesellschaft Frauensache. Dabei haben sich Wunsch und Praxis in den letzten Jahren deutlich verändert: 70 Prozent der Befragten einer Allensbach-Studie begrüßen es, dass sich Männer mehr an der Erziehung der Kinder beteiligen. Nur knapp ein Drittel der Eltern befürwortet noch, dass sich ausschließlich die Mutter um die Kinder kümmert.

Viele Paare leben heute gleichberechtigt und immer mehr wünschen sich das. Aber strukturelle Hindernisse stehen oft noch im Weg, wie etwa das Ehegattensplitting. Müssen Paare abwägen, wer Elternzeit nimmt oder für die Kinder die Arbeitszeit reduziert, spielt das häufig niedrigere Einkommen von Frauen eine sehr große Rolle. Zusammen mit Ehegattensplitting, Minijobs oder Teilzeitbeschäftigung zwingt das Frauen dann in die Rolle der Zuverdienerin, macht sie vom Ehepartner abhängig. Solange sich die Aufteilung der Familienarbeit danach entscheidet, wer wie viel verdient, setzen sich die überkommenen Strukturen fort. Wenn Frauen aus dem traditionellen Rollenbild heraustreten und versuchen, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen, stehen sie oft noch unter Rechtfertigungsdruck. Unter dem Strich bleibt die Aufgabe, Lohnunterschiede sichtbar zu machen und zu bekämpfen und das Ehegattensplitting zu reformieren. Kinderbetreuung soll einfach zugänglich, qualitativ hochwertig und verlässlich zur Verfügung stehen. Wir wissen das alles und doch ändert sich viel zu wenig.

MIT SIEBENMEILENSTIEFELN

Das Gesetz für eine Frauenquote in Vorständen, auf das sich die Koalition nun geeinigt hat, ist kein großer Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Führungspositionen. Die Macht bleibt unfair verteilt. Dabei zeigt die aktuelle Evaluation der für Aufsichtsräte bereits seit 2015 geltenden Quote ganz klar: Sie wirkt! Dort, wo Unternehmen dazu verpflichtet sind, beträgt der Frauenanteil auch 30 Prozent. Und der erhöhte Frauenanteil hat sich messbar positiv auf die Aufsichtsratsarbeit ausgewirkt, wie eine Studie des DIW zeigt. Warum also so zaghaft? Mit der neuen Gesetzesfassung soll es in Vorständen keine echte Quote geben, sondern nur eine Mindestbeteiligung von einer Frau pro Vorstand. Und das auch nur für Unternehmen mit einem mindestens vierköpfigen Vorstand. Was wir Grüne im Bundestag besonders kritisch sehen: Diese Mindestbeteiligung gilt summa summarum nur für etwa 70 Unternehmen, nämlich für die börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen. Weil einige von ihnen bereits eine Frau im Vorstand haben, bräuchte es für die Erfüllung des Gesetzes aktuell lediglich noch 31 Frauen! Um einen echten Sprung nach vorn auszulösen, bräuchte es eine feste Quote von mindestens 33 Prozent.

Auch bei den Aufsichtsräten stockt es. Im Jahr 2015 wurde – auch auf unser Drängen – endlich eine Quote von 30 Prozent für Aufsichtsräte börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen eingeführt. Es war ein kleiner, erster Schritt und ein riesiger Erfolg. Dennoch wurde die ursprünglich im Gesetzentwurf enthaltene Ausweitung der Quote auf die etwa 600 paritätisch mitbestimmten Unternehmen wieder kassiert. Sie soll jetzt nur auf die etwa 100 Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes ausgeweitet werden. Der Widerstand schadet den Unternehmen, denn es ist längst erwiesen, dass diverse Teams besser führen.



KATRIN GÖRING-ECKARDT
Fraktionsvorsitzende



ULLE SCHAUWS
Sprecherin für Frauenpolitik

OHNE GESETZLICHE REGELUNGEN GEHT ES NICHT

Und dann ist da noch die politische Führung. Nach 16 Jahren beendet voraussichtlich in diesem Jahr die erste Frau im Kanzleramt ihre Amtszeit. Für ihre Nachfolge bewarben sich in ihrer Partei nur Männer – kein Wunder, der Frauenanteil in der Union beträgt lediglich 20 Prozent. Aus Gleichstellungsfragen hat sich die Bundeskanzlerin fast immer herausgehalten und sich „neutral“ gegeben. Dabei wäre ein echter Fortschritt in der Geschlechterfrage in Deutschland bitter nötig gewesen.

Die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich, doch Männer dominieren die Szene. Und nicht nur das: Sie prägen das Bild von Politik und Wirtschaft, von Medien und Sport. Müssen wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch erwähnen, dass Frauen andere Perspektiven haben, andere Schwerpunkte setzen? Müssen wir begründen, warum Frauen überall gleichberechtigt vertreten sein müssen? Nein, aber wir müssen immer noch dafür kämpfen, dass es so ist. Der politischen Ebene kommt eine entscheidende Rolle zu. Auch deshalb muss die Hälfte aller Parlamentarier*innen weiblich sein. In Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes wird klar und deutlich die Gleichberechtigung von Frauen und Männern statuiert und die Beseitigung bestehender Nachteile eingefordert. Dieser Auftrag muss endlich eingelöst werden! Frauen wie Männer müssen gleichermaßen repräsentiert und gleichberechtigt in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden sein – mit 30,7 Prozent Frauenanteil wie derzeit im Bundestag ist es nicht getan.

Wir fordern deshalb gesetzliche Regelungen, um alle Parlamente paritätisch zu besetzen. Im Bundestag haben wir in dieser Wahlperiode dafür gekämpft, doch SPD und Union zogen nicht mit. Sogar für erste Schritte fehlen ihnen Mut und Entschlossenheit. In der grünen Bundestagsfraktion sind paritätische Strukturen bereits verwirklicht, wir werden nicht nachlassen, dass sie überall zur Normalität werden. In diesem Jahr wird sich entscheiden, wie es weitergeht für die Frauen in unserem Land. Freiwillige Maßnahmen und nette Worte gab es genug. Nach dem Motto „Don't fix the women, fix the system“ werden wir alles dafür tun, strukturelle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die Frauen sind da, sie haben Lust auf Gestaltung und auf Macht. Und diese Lust soll ihnen niemand mehr nehmen können!

Übrigens: Jacinda Arderns Tochter wurde in der Amtszeit der Premierministerin geboren. Frauen in Führung, Mütter in Verantwortung – alles ist möglich. Es ist eine Frage des Willens. **UND WIR WOLLEN!**

● gruene-bundestag.de/frauen



SOZIALE SICHERHEIT

GARANTIERT

VON ANJA HAJDUK, SVEN LEHMANN UND WOLFGANG STRENGMANN-KUHN

Sie ist ein Weg zu mehr sozialer Sicherheit und Selbstbestimmung. Und sie ist frei von Stigmatisierung und Sanktionen. Mit der grünen Garantiesicherung treten wir verdeckter Armut entschlossen entgegen. Unser Konzept garantiert den Menschen einen einfachen Zugang zu ihrem Leistungsanspruch und Unterstützung auf Augenhöhe. So werden wir Hartz IV hinter uns lassen.

Erwerbslosigkeit und Löhne, die nicht zum Leben reichen, verlangen politische Lösungen. Nicht individuelles Versagen, sondern strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt sind das Problem. Digitalisierung und ökologische Transformation verändern in rasantem Tempo die Arbeitswelt. Auch der demografische Wandel und die Corona-Krise sorgen für Umbrüche. Die Menschen stehen heute vor völlig anderen Herausforderungen als zur Zeit der Einführung von Hartz IV.

BRENNGLAS SOZIALER SCHIEFLAGEN

Wie unter einem Brennglas zeigt die anhaltende Corona-Krise die Schwachstellen unserer sozialen Sicherungssysteme. Eine grundlegende Reform und eine Erneuerung des Sicherheitsversprechens sind schon lange überfällig. Menschen und Familien mit niedrigem oder ohne Einkommen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen trifft die Krise besonders hart. Gesundheitlich wie ökonomisch bekommen sie die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen zu spüren. Schon vor der Krise hat der Regelsatz kaum zum Leben gereicht, jetzt geraten sie verschärft in Existenznot.

Leider scheint die Bundesregierung weder aus den Pandemie-Erfahrungen zu lernen, noch will sie einen langfristigen Wandel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anstoßen. Sie belässt es bei Einzelmaßnahmen und regiert an den Menschen in Armut vorbei. Der jüngste Beschluss einer mickrigen Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro für Bezieher*innen von Grundsicherung ist ein beschämender Beleg. Den Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD fehlt der politische Wille, ein verlässliches Existenzminimum zu garantieren, das auch krisenfest ist. Dabei zeichnen die temporären Regelungen der Sozialschutz-Pakete bereits den Weg zu einer vereinfachten Leistungsgewährung vor. Das darf keine Eintagsfliege bleiben. Es muss um eine grundlegende Verbesserung der sozialen Sicherheit für alle Menschen gehen. Hier setzt die grüne Garantiesicherung an.

GESAMTSTRATEGIE: STÄRKUNG UNTERER EINKOMMEN

Die grüne Garantiesicherung ist in eine umfassende Gesamtstrategie eingebettet. Unsere Vorschläge, um gute und fair bezahlte Arbeit zu stärken, untere Einkommensgruppen zu entlasten und bezahlbare Mieten und Wohnungen sicherzustellen, liegen auf dem Tisch. Sie zeigen, wie wir Familien, insbesondere Alleinerziehende, Auszubildende und Studierende sowie Rentner*innen besser vor Armut schützen können.

Zahlreiche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen sind dazu erforderlich. Wir wollen den Mindestlohn auf 12 Euro anheben sowie das Tarifvertragssystem stärken. Zudem gilt es, prekäre Arbeit einzudämmen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dieser Grundsatz muss gelten. Minijobs wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umwandeln, Kettenbefristungen einen Riegel vorschieben und sachgrundlose Befristungen abschaffen. Sicherungsleistungen, die der Grundsicherung vorgelagert sind, bauen wir aus. Mit unserem Modell der Kindergrundsicherung lichten wir den bestehenden Leistungsdschungel bei der Kinder- und Familienförderung. Auch die Verbesserung des Wohngeldes sowie die Einführung einer Garantierente gehören dazu. Durch die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung sorgen wir dafür, dass mehr Arbeitslose Arbeitslosengeld I erhalten. Beschäftigte werden durch ein Recht auf Weiterbildung, verbunden mit einem Weiterbildungsgeld, präventiv unterstützt.

DIE BAUSTEINE DER GARANTIESICHERUNG

Um die bestehende Grundsicherung zur grünen Garantiesicherung weiterzuentwickeln, ist eine Reihe von Maßnahmen nötig. Unser Reformkonzept ist in Bausteinen angelegt, die schrittweise umsetzbar sind.

1. REGELSÄTZE ANHEBEN – TEILHABE SICHERN

Seit Jahren rechnet der Gesetzgeber die Regelsätze von Erwachsenen und Kindern klein – und das mit System. Das wollen wir beenden, indem wir Fehler in der Methodik korrigieren und die Möglichkeit der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben stärken. Im Sommer 2020 hat die grüne Bundestagsfraktion ein eigenes, wissenschaftlich fundiertes und methodisch schlüssiges Statistikmodell vorgelegt. Damit stellen wir das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicher und verbessern deutlich die Teilhabemöglichkeiten. Der derzeit geltende Regelsatz deckt mit 446 Euro bei Weitem nicht den tatsächlichen Bedarf. Der von uns ermittelte Regelsatz für Erwachsene liegt bei 603 Euro pro Monat, eine Anhebung auf dieses Niveau wollen wir schrittweise angehen. Außerdem sollen die Kinderregelsätze je nach Alter auf einen Betrag von 306 bis 444 Euro ansteigen. Durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer profitieren davon auch alle Arbeitnehmer*innen.

2. BERATUNG AUF AUGENHÖHE

Unsere Garantiesicherung ist anders als die bestehende Grundsicherung sanktionsfrei. Damit gewährleisten wir, dass das Existenzminimum nicht durch Leistungskürzungen unterschritten werden kann und immer gesichert ist. Auch in der Arbeitsförderung streben wir einen Perspektivwechsel an: passgenaue Förderung und Vermittlung auf Augenhöhe statt Druck und Zwang. Die Eingliederungsvereinbarungen in ihrer jetzigen Form wollen wir abschaffen. Die schnellstmögliche Vermittlung in jedwede Tätigkeit darf nicht mehr das alleinige Ziel sein. Wir wollen abseits

standardisierter Kennzahlen die Gestaltungsmöglichkeiten in der Beratung erweitern, um verstärkt passende Maßnahmen zu entwickeln. Damit verringert sich der Bürokratieaufwand in den Jobcentern, es entsteht mehr Raum für individuelle Förderung und Beratung.

3. INDIVIDUELL UND SELBSTBESTIMMT

Jeder Mensch sollte Anspruch auf eine eigenständige Existenzsicherung haben, unabhängig von Partner oder Partnerin. Deshalb wollen wir die Garantiesicherung individualisieren und das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft auflösen. Das Einkommen der Partner*in soll nicht mehr auf die Garantiesicherung angerechnet werden. In einem ersten Schritt individualisieren wir die Garantiesicherung für nicht verheiratete Paare vollständig. Denn im Gegensatz zu Ehepaaren profitieren sie nicht von steuerlichen Vorteilen wie dem Ehegattensplitting und es gibt bei ihnen auch keine Unterhaltspflicht.

4. VERMÖGENSPRÜFUNG – HÜRDEN BESEITIGEN

Die heute obligatorische Vermögensprüfung schreckt viele Menschen mit geringen Einkommen ab, ihr Recht auf angemessene individuelle Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Gleichzeitig ist die Vermögensprüfung für die Jobcenter ein hoher Verwaltungsaufwand – kleinteilig, arbeitsintensiv und sehr zeitaufwendig – den wir unverhältnismäßig finden. Denn nur ein sehr kleiner Anteil der Geringverdienenden verfügt über nennenswertes Vermögen. Die aufwendige Vermögensprüfung wird daher in der Garantiesicherung durch eine einfache Selbstauskunft ersetzt. Künftig erklären Antragstellende rechtlich bindend, dass sie über kein erhebliches Vermögen verfügen. So entlasten wir die Jobcenter und beseitigen eine zentrale Hürde für die Beantragung von Leistungen. Die Garantiesicherung richtet sich nach der Höhe des Einkommens.

5. ZUSÄTZLICHE ARBEIT ATTRAKTIVER MACHEN

Bei den derzeitigen Regeln der Einkommensanrechnung bleiben jenseits eines Freibetrags von 100 Euro maximal 20 Cent jedes weiteren verdienten Euros. Bei steigendem Einkommen sogar noch weniger, weil dann 90 bis 100 Prozent des zusätzlichen Einkommens angerechnet werden. Das halten wir für ungerecht. Deshalb verbessern wir die Einkommensanrechnung. Wir stellen sicher, dass Menschen, die ihre Arbeitszeit erhöhen – anders als heute – immer auch mehr Geld auf ihrem Konto haben. Damit schließen wir eine wichtige Gerechtigkeitslücke. In einem ersten Schritt senken wir dafür die sogenannte Transferentzugsrate für alle Leistungsberechtigten auf 80 Prozent ab. Den bisherigen Freibetrag von 100 Euro behalten wir bei.

6. AUTOMATISCHE AUSZAHLUNG ALS OPTION

Ein Ausblick ist die Möglichkeit einer automatischen Auszahlung der Garantiesicherung an Erwerbstätige. Grundsätzlich ist es unser Ziel, dass alle Erwerbstätigen ein Einkommen über dem Existenzminimum haben, vor allem durch eine Politik für höhere Löhne und eine Stärkung der vorgelagerten Sicherungssysteme. Wir wollen daher weiterhin konzeptionell daran arbeiten, ob und wie eine Auszahlung der Garantiesicherung stärker mit dem Steuersystem verbunden werden kann. Eine Option ist, dass die Finanzämter die Auszahlung der Garantiesicherung sowie eine datenschutzkonforme automatisierte Einkommensprüfung durchführen könnten. Eine weitergehende Alternative ist, im Rahmen einer größeren Einkommensteuerreform die Garantiesicherung direkt in den Steuertarif zu integrieren, was eine sehr grundsätzliche Reform wäre, die aber nicht kurzfristig zu realisieren ist.

ZEIT ZU HANDELN

15 Jahre nach der Einführung von Hartz IV ist für uns Grüne im Bundestag klar: Ein „Weiter so“ in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik darf es nicht geben. Es ist Zeit für einen Aufbruch. Wir brauchen passende Antworten auf neue sozial- und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen. Wir wollen einen Sozialstaat mit modernem Gesicht: Die Garantiesicherung soll neben den Sozialversicherungen und der sozialen Infrastruktur den neuen Charakter eines Sozialstaats prägen, der soziokulturelle Teilhabe ermöglicht, Leistungen digital und transparent gewährt und Menschen individuell unterstützt.

Mit dieser umfassenden Erneuerung leisten wir einen wichtigen Beitrag, ein zentrales Sicherungsversprechen des Sozialstaats einzulösen und unsere Gesellschaft für kommende Krisen zu wappnen.

● gruene-bundestag.de/garantiesicherung



ANJA HAJDUK
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



**DR. WOLFGANG
STRENGMANN-KUHN**
Sprecher für Arbeitsmarkt-
politik und europäische
Sozialpolitik



SVEN LEHMANN
Sprecher für Sozialpolitik



Foto: Sven Simon, picture alliance

Hilft immer!

Bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie arbeitete er als Arzt in vorderster Reihe: Jetzt bringt Janosch Dahmen seine Expertise als Abgeordneter in den Bundestag ein.

Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust – Dilemma oder doppelte Chance? Janosch Dahmen fährt schon immer zweigleisig und er fährt gut damit. Kaum ein Thema beherrscht die aktuelle Lage so wie die Covid-19-Pandemie. Da steht der in allen Lebenslagen erfahrene Mediziner – obwohl Neuling im Bundestag – schnell in der ersten Reihe. „Die Menschen wollen Klarheit und auch die Regierungspolitik braucht eine klare Linie. Es ist schon bemerkenswert, dass wir im Bundestag über Stufenpläne zur Rückkehr in die Normalität diskutieren, die die Opposition vorlegt. Für so ein Risikostufenschema zu sorgen, statt nur auf Sicht zu fahren, wäre ihr Job gewesen“, greift er die Regierung Merkel an. Aber statt über Maßnahmen und Perspektiven im Bundestag zu beraten, treffe die Bundesregierung ihre Entscheidungen im stillen Kämmerlein eines Corona-Kabinetts.

Politik und Medizin – beide Welten sind Janosch Dahmen von klein auf vertraut. 1981 wird er in ein genossenschaftliches Wohnprojekt in Berlin-Kreuzberg hineingeboren. „Ein wilder Ort voll politisch Aktiver, Hausbesetzer und Kulturschaffender“, erinnert er sich. Fußballspielen entlang der Berliner Mauer gehört für die Kinder zum Heranwachsen wie das Demonstrieren an der Seite der Eltern. Auch die Wendezeit prägt ihn. 1990 wählt der Vater bei der ersten deutsch-deutschen Bundestagswahl grün, ohne mit einem Wahlsieg zu rechnen: „Das hat mir gezeigt, dass man für das Richtige einstehen kann, auch wenn es nicht der mehrheitlichen Meinung entspricht.“ Janosch Dahmen besucht bald Treffen der Grünen und ist überrascht: „Erwachsene, die hitzig diskutierten, sogar ganz offen miteinander stritten, das gefiel mir. Mir

war klar: Hier geht es um etwas.“ Bereits als 17-Jähriger tritt er in die Partei ein. Vier Jahre später beginnt er ein Studium der Politikwissenschaft in Innsbruck und Berlin.

Damit möchte er allerdings auch Wartesemester für ein Medizinstudium sammeln. Denn schon als Kind begeisterte er sich für den Arztberuf seiner Mutter, begleitete sie bei ihren Hausbesuchen und übte an Äpfeln, wie man eine Spritze setzt. Seinen Zivildienst leistet er später am Deutschen Herzzentrum. Ihn faszinieren die technischen Möglichkeiten, aber er lernt auch, dass es oft die kleinen menschlichen Gesten sind, die den Unterschied für einen Patienten machen: „Dieses konkrete Kümmern gehört für mich zu den magischsten Momenten von Zwischenmenschlichkeit.“ Diese Erfahrung wird Janosch Dahmen begleiten, vom Studium der Humanmedizin an der Universität Witten/Herdecke bis zu Einsätzen im Ausland. In Beirut operiert er Bürgerkriegsopfer unter schwierigsten Bedingungen und ohne die in Deutschland üblichen hoch technisierten Standards. Er macht eine Facharztweiterbildung zum Unfallchirurgen und spezialisiert sich zum Notfallmediziner. „Den Patienten und ihren Angehörigen in existenziellen Situationen beistehen zu können, habe ich immer als Privileg und Herausforderung verstanden.“ Als ärztlicher Leiter des Luftrettungszentrums CHRISTOPH 9 gerät er häufig in solche Situationen.

Obwohl politisches Engagement und der fordernde Arztberuf nur schwer vereinbar sind, bringt er sich als Mitglied im Rat der Stadt Witten und im Landesvorstand der Grünen NRW ein. Er übernimmt bald die gesundheitspolitischen Themen: „Ich wollte nicht länger im Hamsterrad gegen die Symptome einer kranken Gesellschaft anrennen, sondern die Verhältnisse verändern.“

Zuletzt arbeitet er als Oberarzt im Rettungsdienst für die Feuerwehr und engagiert sich zugleich in der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Nachdem er bereits 2013 und 2017 erneut auf der grünen Landesliste für den Bundestag kandidiert hatte, bietet sich im November 2020 die Möglichkeit, ins Parlament nachzurücken. Der zweifache Vater zögert zunächst. „Noch nie hat medizinisches Personal so gefehlt wie in diesen Zeiten“, gibt er zu bedenken. „Aber wenn ich mich beschwere, dass es in der Politik an praktischer Expertise mangelt, sollte ich dann nicht jetzt die Möglichkeit ergreifen, das zu ändern?“ Er nimmt das Mandat an. Seitdem setzt sich Janosch Dahmen im Gesundheitsausschuss dafür ein, den Menschen in der Pandemie Hoffnung und eine Perspektive zu eröffnen. Sein Herz schlägt für das Kümmern, aber auch für die politische Veränderung, jetzt hat es doppelt zu tun.

BIOGRAFIE:

- Seit 1998** Mitglied von B90/Die Grünen
- 2009-2014** Mitglied im Rat der Stadt Witten in Nordrhein-Westfalen
- 2010-2018** Mitglied im Landesvorstand von B90/Die Grünen in NRW
- Seit 2020** Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit

VON MANUEL SARRAZIN UND KATRIN GÖRING-ECKARDT

RUSSLAND IST NICHT PUTIN!



Mit Russland oder gegen Russland? Wer die Frage so stellt, landet in der Sackgasse. Vielmehr muss die deutsche Bundesregierung entscheiden, auf welches Russland sie setzen will.

Denn Putin ist nicht gleich Russland. Sein Regime setzt zunehmend auf Repressionen nach innen und aggressives Auftreten nach außen. Wirkliche Stabilität wird es in Europa mit einem Russland ohne Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht geben. Deshalb braucht die russische Demokratiebewegung klare und eindeutige Unterstützung aus der EU und besonders aus Deutschland.

Seit Jahren steht fest, dass Russland unter Putin weder auf Demokratisierung noch auf wirtschaftliche Modernisierung hoffen darf. Die Bundesregierung aber hält an der Illusion fest, auf einen gemeinsamen Kurs zurückzukommen – den Russland tatsächlich schon lange verlassen hat. Zuletzt hat Putin den Druck auf Kritiker*innen seiner Politik im eigenen Land noch einmal deutlich erhöht: Das sogenannte „Agentengesetz“ stigmatisiert zivilgesellschaftliches Engagement und erschwert massiv die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen. Aktuell wird es zur Allzweckwaffe gegen potenzielle Oppositionskandidat*innen bei der bevorstehenden Dumawahl weiterentwickelt. Kritische Stimmen verfolgt der Staatsapparat rigoros als „Extremist*innen“, Demonstrationsgesetze werden regelmäßig verschärft. Auf dieser Grundlage schlagen Polizei und Geheimdienst nun auch die jüngsten, landesweiten Proteste gegen die Inhaftierung Alexej Nawalnys und die Korruption im Land brutal nieder. Tausende Menschen wurden verhaftet. Der Mordanschlag auf Nawalny war ein Schock – reiht sich aber ein in eine traurige Liste, darauf die Namen von Anna Politkowskaja, Natalja Estemirowa oder Boris Nemzow. Die hochgerüsteten Sicherheitsorgane übernehmen zunehmend die Kontrolle über Russlands Innen- und Außenpolitik.

Als überzeugte Demokrat*innen und Europäer*innen lassen uns diese Vorgänge in unserer nächsten Nachbarschaft nicht kalt. Zumal Putin nicht an den Grenzen Russlands haltmacht. Putin braucht als Grundlage für seine Autorität ein starkes äußeres Feindbild, mit dem er sein Land in die außenpolitische Isolation führt. Zu sehen an den Kriegen gegen Georgien und die Ukraine. An der massiven Unterstützung für einen menschenverachtenden Diktator wie Alexander Lukaschenka in Belarus und an den Mordanschlägen, Hackerangriffen und Desinformationskampagnen überall in der Welt.

Es wäre fatal, sich auf Putins Konfrontationslogik einzulassen. Stattdessen muss als Richtschnur gelten: so viel Russland wie möglich – so wenig Putin wie nötig. Die Bundesregierung muss aufhören, Kooperation dort zu suchen, wo sie nur seinen Interessen in die Hände spielt. Sie muss aufhören, die Europäische Union zu schwächen und deren

Versuche zur Einhegung Putins zu unterlaufen. Genau das aber macht die Bundesregierung mit ihrem Festhalten an Nord Stream 2.

Nord Stream 2 – die Gaspipeline durch die Ostsee – zementiert die Abhängigkeit der EU von fossilen Importen, widerspricht den europäischen Klimazielen und verärgert unsere wichtigsten Partner. Im Kontext einer zeitgemäßen Russlandpolitik ist diese Form der wirtschaftlichen Kooperation völlig ungeeignet, positive Veränderungen im Verhalten der russischen Regierung zu bewirken. Macht und Reichtum der Kremlite beruhen fast ausschließlich auf dem Export von Gas und Öl. Putin & Co kontrollieren höchstpersönlich die Geschäfte mit schmutziger Energie. Und wie deren Einnahmen direkt in die Taschen der russischen Machthaber fließen, zeigte jüngst Nawalnys Video über Putins Palast sehr anschaulich. Die bestehenden Sanktionen der EU und der USA gegen Russlands Machthaber sind richtig. Sie geraten aber an ihre Grenzen, solange der Rubel für fossile Rohstoffe weiter in korrupte Taschen rollt.

Es gibt bessere Möglichkeiten, die Kooperation mit Russland auszubauen: Vor allem die höchst vitale Zivilgesellschaft braucht mehr Unterstützung. Dabei geht es nicht nur um Geld für bedrohte Strukturen und ein sicheres Obdach für in die Flucht getriebene Aktivist*innen – die Hilfen müssen insgesamt flexibler, unbürokratischer und nachhaltiger werden. Die Möglichkeiten für Visa und mehr Austausch beispielsweise, sei es im Bereich Jugend, Wissenschaft oder Kultur, sind längst nicht ausgereizt. Sie sind unser bestes Gegenmittel gegen Putins Isolationskurs. Schließlich gilt es, das Angebot für mehr wirtschaftliche Kooperation aufrechtzuerhalten – aber eben staatsfern und klima- und energiepolitisch sinnvoll.

Die Russ*innen haben längst erkannt, dass Putin für Tod, Stagnation und hemmungslose Bereicherung steht – die Bundesregierung sollte das endlich auch tun.

● gruene-bundestag.de/russland



MANUEL SARRAZIN
Sprecher für Osteuropapolitik



KATRIN GÖRING-ECKARDT
Fraktionsvorsitzende

ZÜGIG VORAN

VON MATTHIAS GASTEL UND
ANTON HOFREITER



Foto: Langrock/Zemilajif

Die Bahn hat das Zeug zum Rückgrat der sozial-ökologischen Mobilitätswende. Doch solange nicht Bremsen gelöst und Weichen neu gestellt werden, kann sie keine Fahrt aufnehmen. Das grüne Bahnkonzept ist unser Masterplan, wie der Schienenverkehr die Schlüsselrolle für die klimaneutrale Mobilität der Zukunft übernehmen kann.

Jederzeit mobil sein, das gehört zu unserem Lebensstandard. Wir wollen schnell und bequem zur Arbeit, zum Einkaufen, ins Konzert und in den Urlaub. Kostengünstig soll es sein, klimaverträglich muss es werden, das ist längst klar. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Bisher zahlen wir für eine Mobilität, die am Auto hängt: Im Stau raubt sie uns Nerven und Lebenszeit, fordert jeden Tag Verkehrstote und Verletzte, gefährdet unsere Gesundheit durch Luftverschmutzung und Lärm. Und sie befeuert die Klimakrise weiter.

Wir müssen umsteuern – wir brauchen eine Mobilitätswende. Den zentralen Baustein dafür gibt es seit über 150 Jahren: die Eisenbahn. Vergangene Bundesregierungen haben sie in ihrer Verkehrspolitik links liegen gelassen, das rächt sich jetzt: Die Bahn fährt über weite Strecken auf einem verschlissenen Schienennetz, über marode Brücken, mit uralter Signaltechnik. Es fehlen Gleisanschlüsse, die Elektrifizierung vieler Strecken blieb aus. Kurz: Der Investitionsstau ist gewaltig.

DAS GRÜNE BAHNKONZEPT

Wir als grüne Bundestagsfraktion nehmen die Herausforderung an, denn wir wollen die Bahn zum Rückgrat nachhaltiger Mobilität ausbauen: leistungsstark, klimafreundlich und wieder im ganzen Land präsent. Im Dezember 2020 haben wir dazu ein eigenes Bahnkonzept beschlossen, ein Kursbuch für die Bahn der Zukunft.

Unser Ziel ist, insgesamt mehr Verkehr auf die Bahn zu verlagern: Ihr Anteil an der Personenbeförderung soll sich in den kommenden zehn Jahren auf über 20 Prozent mehr als verdoppeln. Im Gütertransport soll er von unter 20 auf über 30 Prozent anwachsen – langfristig auf über 40 Prozent. Mit einem Investitionsprogramm wollen wir den Bahnsektor neu strukturieren und auskömmlich finanzieren, Netz und Fahrplan nach einem einheitlichen Deutschlandtakt ausrichten. Und für den Güterverkehr auf der Schiene gilt es faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.

ABKEHR VOM GEWINNDOGMA

Die Mobilitätswende braucht ein leistungsstarkes Schienennetz. Wir alle kennen ärgerliche Verspätungen und Zugausfälle und wissen daher, wie weit wir davon entfernt sind. Die Bahninfrastruktur wurde jahrzehntelang kaputtgespart. Warum? Weil die Bahn Gewinne einfahren soll. Gewinne statt Investitionen – so kommt die Qualität des Schienennetzes unter die Räder. Wir Grüne im Bundestag fordern den Bund daher auf, sich von der Gewinnerzielungspflicht der Bahn zu verabschieden. Eine neue Bahnpolitik kann die Wachstums- und Verlagerungsziele erreichen. Auf die heute bereits vorgesehenen Finanzmittel wollen wir eine Schippe drauflegen und in den nächsten 20 Jahren insgesamt 170 Milliarden Euro in die Bahninfrastruktur investieren. So können wir den Sanierungsrückstau abbauen und die dringend benötigten Kapazitäten schaffen.

KLIMANEUTRAL UNTERWEGS

Außerdem wollen wir mit diesem Geld auch 3.000 Kilometer Schiene wiederbeleben und auf 75 Prozent des Schienennetzes elektrisch fahren – heute sind es etwa 62 Prozent. Wenn es gelingt, den Bahnstrom bis 2030 auf Erneuerbare umzustellen, wird der Verkehr auf der Schiene fast CO₂-frei. Abseits der elektrifizierten Strecken können auch „Akkuzüge“ zum Einsatz kommen, sodass der Schienenpersonennahverkehr bis 2035 vollständig elektrifiziert sein kann. Annähernd klimaneutraler Verkehr wird damit zuerst auf der Schiene Realität.

Doch mit mehr Investitionen allein ist es nicht getan. Von der Planung über den Bau bis zum Fahrbetrieb und gutem Service sind versierte, gut ausgebildete Fachleute gefragt. Mit einer Personaloffensive wird die Bahn zur Jobmaschine. Ein breites Ausbildungs- und Hochschulprogramm und eine ansprechende Werbekampagne können dazu beitragen, Menschen für eine Arbeit rund um die Bahn zu gewinnen. Nicht zuletzt ist die neue Bahn auf moderne und effiziente Strukturen angewiesen. Es braucht klare Zuständigkeiten und ein systemübergreifendes Denken. Auch der Bund muss mehr Verantwortung übernehmen und die Zügel in der Hand behalten.

DEUTSCHLANDTAKT UMSETZEN

Der Deutschlandtakt gehört zur DNA grüner Bahnpolitik. Er garantiert, was alle Fahrgäste sich wünschen: gute Verbindungen mindestens im Stundentakt und kurze Umsteigezeiten an den Bahnknoten. Und er bringt den Fernverkehr wieder in die Fläche – in die Städte, in denen zuletzt vor 20 Jahren Züge des Fernverkehrs gehalten haben. Mittlerweile ist sogar Verkehrsminister Scheuer auf diesen Zug aufgesprungen. Mit dem Deutschlandtakt gibt es endlich einen übergreifenden Plan für den Nah-, Fern- und Güter-

verkehr. Jetzt muss die dafür nötige Infrastruktur zügig ausgebaut werden, regionale Verbindungen gehören stärker in den Fokus.

Von Chemnitz bis Trier, von Krefeld bis Heilbronn – viele Großstädte und ganze Regionen sind derzeit vom Fernverkehr abgehängt. Schuld ist auch hier das Dogma des „eigenwirtschaftlichen Verkehrs“. Auf Strecken, die kein Geld abwerfen, fährt die Deutsche Bahn nicht. Hier ist ein Umdenken gefragt, der Bund muss einen Fahrplan vorgeben und sich verpflichten, ihn umzusetzen. Ein bundesweiter Aufgabenträger soll künftig das Fernverkehrsangebot koordinieren und Verkehrsleistungen über Konzessionen vergeben. Dort, wo Strecken nicht eigenwirtschaftlich bedient werden können, muss der Bund dies auf andere Weise sicherstellen, zunächst durch Anreize wie niedrigere Trassenpreise oder letztendlich durch Ausschreibung der Verkehrsleistung.

GÜTER AUF DIE SCHIENE

In Sachen Energieeffizienz ist der Transport auf der Schiene dem Lkw weit überlegen. Außerdem ist er längst weitgehend elektrifiziert. Jeder Güterzug ersetzt mindestens 50 Lkw und entlastet damit die Umwelt. Rund zwölf Millionen Tonnen CO₂ können uns starke Güterbahnen jährlich einsparen, wenn wir ihren Marktanteil bis 2030 auf 30 Prozent erhöhen.

Auch um unsere nationalen Klimaziele zu erreichen, gilt es also, möglichst viele Transporte auf die Schiene zu bringen. Das funktioniert jedoch nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen im Güterverkehr. Derzeit genießt der Straßengüterverkehr deutliche Privilegien, mit jährlich über vier Milliarden Euro klimaschädlichen Dieselsubventionen und einer viel zu niedrigen Lkw-Maut. Die Trassenpreise der Bahn – also die „Mautsätze“ auf der Schiene – sind im Vergleich dazu viel zu hoch.

Transporte über längere Strecken wollen wir möglichst auf die Bahn verlagern. Neben einem umfangreichen Gleisanschlussprogramm soll das Netz, um den kombinierten Verkehr von der Straße auf die Schiene umzuladen, engmaschiger werden. Kein Lkw soll mehr als 50 Kilometer zum nächsten Umschlagterminal fahren müssen. Um die Klimaschutzziele im Verkehr zu erreichen, ist die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene ein starker Hebel. Letztlich profitieren wir alle davon.

● gruene-bundestag.de/bahn



DR. ANTON HOFREITER
Fraktionsvorsitzender



MATTHIAS GASTEL
Sprecher für Bahnpolitik

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS Wirtschaft, Finanzen & Soziales

FÜR WIRTSCHAFTSHILFEN, DIE ENDLICH HELFEN

Nach einem Jahr Corona-Krise und Monaten im Lockdown herrscht bei vielen Unternehmen Existenzangst. Der Bundestag hat hohe Summen zur Unterstützung bereitgestellt, diese haben aber viele Firmen noch nicht erreicht. Unternehmen, die seit Wochen keine Einnahmen haben, können erst seit Mitte Februar einen Antrag auf Wirtschaftshilfen stellen. Zudem hat das Hilfen-Chaos zu Verunsicherung und Unübersichtlichkeit geführt – selbst Steuerberater*innen wissen oft nicht mehr, welche Hilfen sie für die Unternehmen beantragen sollen. Und zu viele Unternehmen sind wegen zu hoher Zugangshürden durchs Raster gefallen. Um eine Insolvenzelle zu verhindern, fordern wir: Wer 100 Prozent Umsatzausfall hat, muss 100 Prozent der Fixkosten erstattet bekommen. Soloselbstständige brauchen einen echten Unternehmerlohn von 1.200 Euro monatlich. Die Abschlagszahlungen sollen angehoben werden, damit die Hilfen schneller fließen. Außerdem sollen die Unternehmen ihre aktuellen Corona-Verluste mit Gewinnen der letzten vier Jahre verrechnen dürfen, um Steuern rückerstattet zu bekommen.

- gruene-bundestag.de/wirtschaftshilfen

WIR SORGEN ERFOLGREICH FÜR MEHR HOMEOFFICE

Schulen, Kitas, Kultur und Einzelhandel: geschlossen. Private Kontaktbeschränkungen: hart wie nie. Doch gegenüber der Wirtschaft begnügte sich die Bundesregierung lange mit Appellen. Und obwohl ein Großteil der Unternehmen verantwortungsvoll handelt, gab und gibt es immer noch Anwesenheitspflichten, wo das nicht zwingend nötig ist. Das erhöht die Inzidenzzahlen und verlängert die Notwendigkeit eines harten Lockdowns für alle.

Wir Grüne haben im Bundestag massiv Druck gemacht, dass überall dort, wo es die Tätigkeit zulässt, auch Homeoffice angeboten werden muss. In der privaten Wirtschaft genauso wie in der öffentlichen Verwaltung. Auf diese Forderung hat die Bundesregierung letztendlich reagiert und eine entsprechende Verordnung erlassen. Das ist ein Erfolg konstruktiver Oppositionsarbeit.

- gruene-bundestag.de/homeoffice

Grafik: Studio Pong



Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

STADT-LAND-ZUKUNFT: EIN DIALOGPROJEKT

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, auch in strukturschwachen Regionen – was bedeutet das in der Praxis? Das wollten wir wissen und darüber wollten wir reden – mit den Menschen vor Ort. Erste Erkenntnisse lieferte eine Telefonumfrage, es folgten Regionalkonferenzen in verschiedenen Winkeln Deutschlands. Und wir haben hingehört! Die vielen klugen Ideen und berechtigten Forderungen wurden am 26. März in einer bundesweiten Online-Konferenz zusammengeführt und fließen in unsere weitere parlamentarische Arbeit ein. Hier geht's zum Dialogprojekt und zur Aufzeichnung der Konferenz:

- gruene-bundestag.de/slz

LUFTSCHADSTOFFE AUS KOHLEKRAFTWERKEN BEGRENZEN

Jedes Jahr werden mehr als vier Tonnen Quecksilber von deutschen Stein- und Braunkohlekraftwerken in die Luft geblasen und vergiften uns und unsere Umwelt. Mit der Novelle der 13. Bundesimmissionsschutzverordnung zeigt die Bundesregierung, dass sie jederzeit bereit ist, den Schutz unserer Umwelt und Gesundheit wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. In der Verordnung will sie mit zweieinhalb Jahren Verspätung pauschal die schwächsten Grenzwerte festlegen, die nach europarechtlichen Vorgaben möglich sind. Mit am Markt verfügbaren Techniken sind deutlich strengere Grenzwerte ohne große finanzielle Belastungen einhaltbar. Die europäischen Vorgaben müssen unabhängig vom Kohleausstieg so umgesetzt werden, dass der bestmögliche Schutz von Umwelt und Gesundheit gewährleistet wird.

- gruene-bundestag.de/immissionsschutz

AGRARGELDER FÜR UNSERE ZUKUNFT

Klimakrise, Insektensterben, Tierqual, Höfesterben – alles egal, Hauptsache, die Agrarförderung der EU fließt. So scheint Julia Klöckner zu denken, versucht sie doch die Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik in Deutschland im Schweinsgalopp durch Bundestag und Bundesrat zu bringen und damit die Agrarstrukturen für die nächsten sieben Jahre zu zementieren, noch bevor sich Rat, Kommission und Parlament in Brüssel überhaupt geeinigt haben. Dagegen wehren wir uns mit aller Kraft, denn eine Landwirtschaft mit Zukunft braucht maximale Umschichtung von Mitteln in den Schutz der Arten, in Moorschutz, bessere Tierhaltung und Ökolandbau. Nur so können die Bäuerinnen und Bauern wieder von ihrer Arbeit leben.

- gruene-bundestag.de/agrarpolitik

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

WIRKSAMES WAFFENRECHT

Wir wollen ein Waffenrecht, das die Sicherheit im Land tatsächlich verbessert. Wo die persönliche Eignung zum Umgang mit Schusswaffen nicht oder nicht mehr gegeben ist, müssen waffenrechtliche Erlaubnisse verwehrt oder schnell entzogen werden. Das muss eine Konsequenz aus dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau sein, bei dem der Täter neun Menschen aus rassistischer Motivation ermordete. Obwohl staatlichen Stellen seit geraumer Zeit Informationen vorlagen, die nahelegten, dass er zum Umgang mit Schusswaffen nicht die erforderliche persönliche Eignung in psychologischer Hinsicht besaß, wurde ihm seine waffenrechtliche Erlaubnis nicht entzogen.

Es muss mehr getan werden, damit sich Rechtsterroristen und andere Personen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen, nicht legal bewaffnen können. Das ist von zentraler Bedeutung für die öffentliche Sicherheit. Umso befremdlicher ist, dass CDU/CSU und SPD auch ein Jahr nach dem Anschlag untätig geblieben sind. Um diese Leerstelle zu füllen, haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

- gruene-bundestag.de/waffenrecht

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

FÜR EINE AMBITIONIERTE KLIMAAUSSENPOLITIK

Die internationale Gemeinschaft ist weit davon entfernt, die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Die bis Ende 2020 vorgelegten nationalen Klimaziele (NDGs) führen bis 2030 lediglich zu einer Reduktion der Emissionen um 0,5 Prozent im Vergleich zu 2010. Notwendig für einen 1,5-Grad-Pfad wäre aber ein Rückgang um 45 Prozent, so der Weltklimarat IPCC. Um die Pariser Klimaziele global zu erreichen, muss die Bundesregierung international ambitionierter, strategischer und kohärenter agieren. Die Rückkehr der USA in das Pariser Klimaabkommen bietet die Chance für einen Neustart. Die grüne Bundestagsfraktion hat mit dem Thinktank adelphi einen 8-Punkte-Plan für eine transatlantische Klimaallianz aufgelegt. Die acht konkreten Vorschläge reichen von CO₂-Bepreisung, grünen Finanzmärkten, Abschaffung von Subventionen für fossile Energieträger im Rahmen der G20 bis hin zu

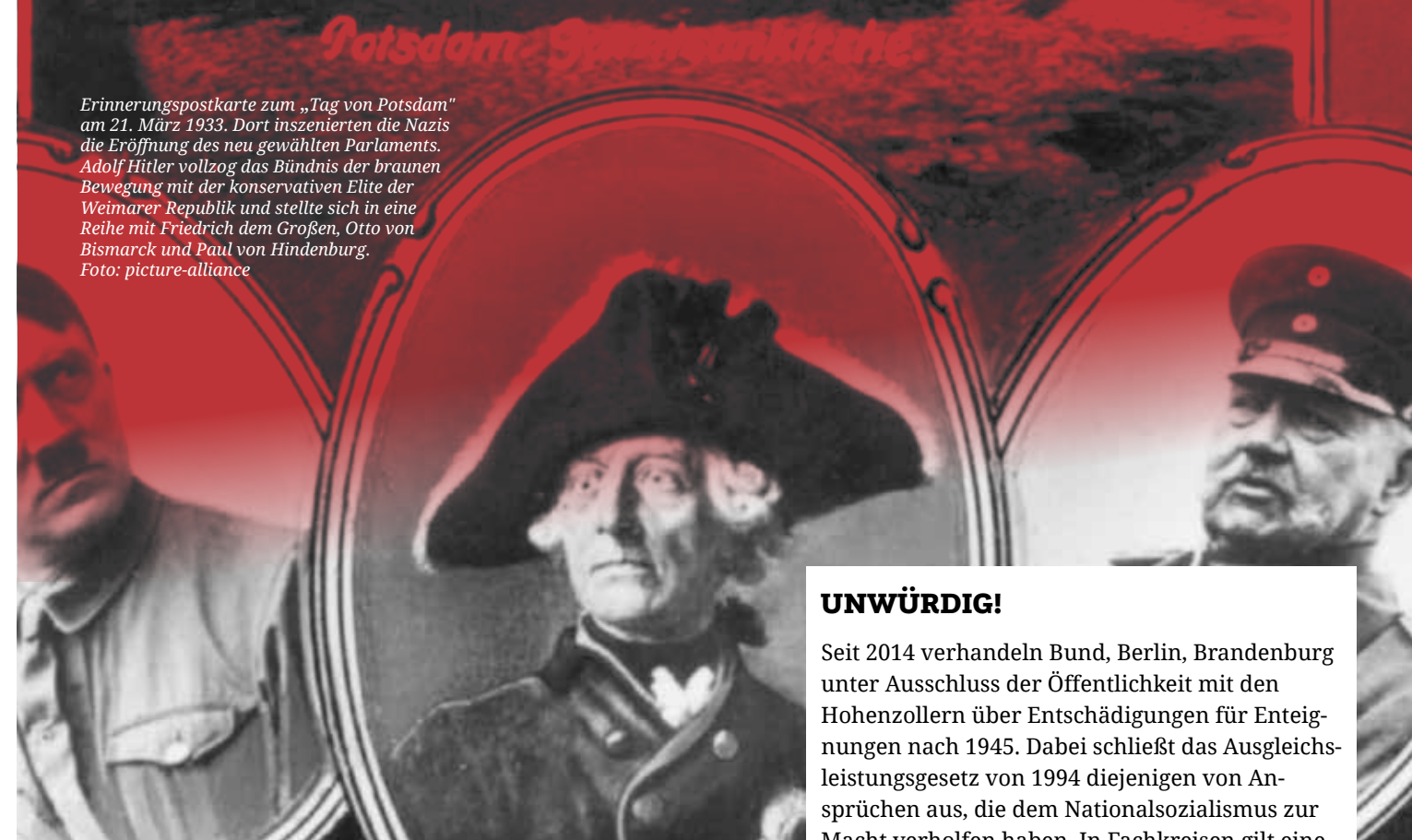
DAS SCHWEIGEN BRECHEN

Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen „sind unverhältnismäßig stark von Hassdelikten, Hetze und Gewalt betroffen“, musste die EU-Kommission Ende 2020 konstatieren. Dieser bittere Befund ist ein klarer Handlungsauftrag an die Bundesregierung. Der Bundesinnenminister hat bisher noch nie eine homo- oder transfeindliche Gewalttat öffentlich verurteilt oder überhaupt ein Wort zur Sicherheit von LSBTI gesagt. Wir fordern eine wirksame Strategie gegen LSBTI-Feindlichkeit. Dazu gehören bessere Forschung und Erfassung von Hasskriminalität, Sensibilisierung bei Behörden, Prävention sowie Unterstützung von Beratungsstellen. Im Rahmen einer systematischen Erneuerung der Regelung zur Strafzumessung und zur Volksverhetzung müssen homo- oder transfeindliche Motive explizit benannt werden. Auch die Richtlinien für das Strafverfahren müssen ergänzt werden. Zudem fordern wir Schutzkonzepte, einschließlich von Zufluchtsräumen, für LSBTI-Jugendliche sowie für LSBTI-Geflüchtete in Aufnahmeeinrichtungen.

- gruene-bundestag.de/schutzbeduerftige

grünem Wasserstoff und der Frage, wie global für mehr Klimagerechtigkeit zusammengearbeitet werden kann. Mit einem gemeinsamen Emissionshandelssystem, einem Grenzsteuerausgleich und Green Finance können Europa und die USA zum Treiber des globalen Klimaschutzes werden. Neben weiteren Anstrengungen in Deutschland und Europa bedarf es neuer Konzepte und zusätzlicher Ressourcen, um im Sinne globaler Klimagerechtigkeit Partner, insbesondere aus dem globalen Süden, bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu unterstützen. Ein Beitrag zur Neuausrichtung der deutschen Klimaaußenpolitik sollen künftig sogenannte Paris-Partnerschaften sein. Eine im Auftrag der Bundestagsfraktion erstellte Studie von Germanwatch zeigt, wie diese Paris-Partnerschaften praktisch ausgestaltet werden können. Ziel ist es, die sozial-ökologische Transformation durch Einbindung zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure zu gestalten und beide Partner auf den 1,5-Grad-Pfad zu führen. Von diesen Klimapartnerschaften sollen alle Seiten wirtschaftlich und ökologisch gleichermaßen profitieren.

- gruene-bundestag.de/klimaallianz



Erinnerungspostkarte zum „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933. Dort inszenierten die Nazis die Eröffnung des neu gewählten Parlaments. Adolf Hitler vollzog das Bündnis der braunen Bewegung mit der konservativen Elite der Weimarer Republik und stellte sich in eine Reihe mit Friedrich dem Großen, Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg.
Foto: picture-alliance

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

FÜR EINE PERSPEKTIVE IN DER PANDEMIE

Die Pandemie und ihre Folgen erschöpfen uns alle. Dazu kommt aber die weiterhin kaum erkennbare Strategie der Bundesregierung. Das führt zu Unsicherheiten und zunehmender Pandemiemüdigkeit in der Bevölkerung. Deswegen fordern wir eine nachvollziehbare Strategie, wie das Infektionsgeschehen in den kommenden Monaten besser kontrolliert werden kann, die Akzeptanz der Bevölkerung für die Maßnahmen wieder erhöht und Risikogruppen besser geschützt werden können. Insbesondere ist ein bundesweit einheitlicher Stufenplan mit klaren, regional angepassten Regeln für Corona-Maßnahmen notwendig. Nicht ein konkretes Datum oder nur der Inzidenzwert, sondern das Infektionsgeschehen, der Impffortschritt, die Belastung des Gesundheitswesens sowie weitere Indikatoren sind entscheidend, ob und in welchen Bereichen gelockert werden kann. Oberste Priorität müssen Schulen und Kitas bekommen. Vor allem sozial benachteiligte Kinder brauchen Unterstützung. Darüber hinaus fordern wir auch weiterhin einen wissenschaftlichen Pandemierat, damit die Politik endlich interdisziplinär beraten wird und auch die Public-Health-Perspektive eine größere Bedeutung erhält.

- gruene-bundestag.de/opfergruppen

UNWÜRDIG!

Seit 2014 verhandeln Bund, Berlin, Brandenburg unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Hohenzollern über Entschädigungen für Enteignungen nach 1945. Dabei schließt das Ausgleichleistungsgesetz von 1994 diejenigen von Ansprüchen aus, die dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen haben. In Fachkreisen gilt eine „erhebliche Vorschubleistung“ und Unterstützung des Nationalsozialismus durch den Sohn des letzten deutschen Kaisers als erwiesen, weshalb er gemäß dieser „Unwürdigkeitsklausel“ von Entschädigungen auszuschließen sei. Die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt und Erhard Grundl, Sprecher für Kulturpolitik, forderten deshalb in einem öffentlichen Fachgespräch der Bundestagsfraktion, die Geheimverhandlungen zu beenden. Die Klärung der Entschädigungsansprüche gehöre vor Gericht und damit in die Öffentlichkeit. In der Veranstaltung mit den Juristinnen Prof. Marietta Auer und Prof. Sophie Schönberger sowie den Historikern Prof. Eckart Conze und Dr. Stephan Malinowski wurde die Quellenlage beleuchtet und die „Unwürdigkeitsklausel“ des Ausgleichleistungsgesetzes als gut handhabbar gewürdigt. Die Historiker beschrieben plastisch die aggressiven Drohschreiben der Anwält*innen der Nachfahren der Hohenzollern gegen Wissenschaftler*innen und Medien. Diese inakzeptable Einschüchterungsstrategie darf nicht verhindern, dass die notwendige Transparenz endlich hergestellt wird.

- gruene-bundestag.de/adel

grün & GRÜNER



Städte neu denken

Die Urbanisierung ist ein globaler Megatrend, weltweit wachsen die Städte. In unserer Online-Konferenz „Städte neu denken“ am 19. März haben wir mit zahlreichen Stadtgestalter*innen diskutiert: Vor welche Herausforderungen stellt dieses Wachstum die Städte? Wie können wir zusammen die Zukunft gestalten? Es ging um bezahlbare Wohnungen und Läden, um klimaneutrale Wärmeversorgung und die Bauwende, um Hitze und Stadtgrün, um Kultur und Kinder. Darüber tauschten sich Katrin Göring-Eckardt, Daniela Wagner und weitere Abgeordnete mit grünen Oberbürgermeister*innen und zahlreichen

Fachleuten in 18 Workshops und vielfältigen Formaten aus. Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Prof. Dr. Jutta Allmendinger, führte aus, dass nichts den Menschen wichtiger sei als ein Wirgefühl und sozialer Zusammenhalt. Daher seien bezahlbare Mieten und Bodenpreise so zentral. Der stellvertretende Bürgermeister von Paris, David Belliard, zeigte, wie mehr Platz für Leben auf unseren Plätzen und Straßen möglich wird. Eine Aufzeichnung der Eröffnungsveranstaltung von „Städte neu denken“ und Ergebnisse der Workshops gibt es auf unserer Website.

● gruene-bundestag.de/stadtkonferenz

Parlamentarischer Abend zur Kulturpolitik

Eine Lehre aus der Pandemie muss sein, den Kulturbetrieb krisenfester zu machen. Kultur ist mehr als ein Sahnehäubchen für gute Zeiten. Oder mit den Worten Igor Levits: „Kunst und Kultur erinnern uns daran, wer wir sein können. Sie haben die Verpflichtung, für das Zwischenmenschliche und das Gemeinsame einzutreten.“ So formulierte es der Pianist in einem Video-statement für den Kulturabend „Kultur geht weiter“. In verschiedenen Gesprächsrunden diskutierten Katrin Göring-Eckardt, Erhard Grundl, Claudia Roth und Kirsten Kappert-Gonther am 16. März unter anderem mit der Schriftstellerin Mirna Funk, der Journalistin Julia Grosse, dem Intendanten des Berliner Friedrichstadt-Palastes Dr. Berndt Schmidt, Schauspielerin Jasmin Tabatabai, dem Dramatiker Albert Ostermaier, dem Musiker Pierre Baigorry von der Band Seeed und vielen anderen. Es ging etwa um Gerechtigkeitsfragen: Warum dürfen Busse und Bahnen fahren, während Museen trotz hervorragender Hygienekonzepte nicht öffnen dürfen? Oder die Frage, wie der Kulturbetrieb ökologischer und im Sinne einer „Green Culture“ umgestaltet werden kann. Alle Gespräche aus dem Berliner Club Gretchen und die künstlerischen Beiträge von R&B-Künstlerin Dalee oder auch Christiane Rösinger können in der Aufzeichnung unseres Livestreams angeschaut werden.

● gruene-bundestag.de/kulturabend

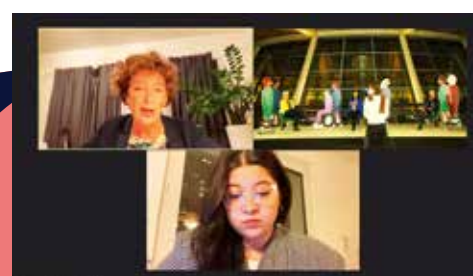
Frauen bewegen die Welt

Was ist anders, wenn Frauen führen, und von welchen positiven Beispielen können wir lernen? Mit unseren Gästen beim Parlamentarischen Abend „Frauen bewegen die Welt“ am 2. März haben Katrin Göring-Eckardt, Ulle Schauws und Maria Klein-Schmeink darüber diskutiert, wie sich Politik, Wissenschaft und Wirtschaft verändern, wenn Frauen (mit-)entscheiden. Frauen sollten sich nicht zu sehr anpassen, denn sie haben ihren eigenen Führungsstil, sagte etwa Dr. Petra De Sutter, Vize-

premierministerin aus Belgien. Um mitzureden, kommt es dabei nicht nur auf Mut an, sondern auch darauf, gut vernetzt und organisiert zu sein, betonte die Journalistin Yasmine M'Barek. Astronautinnenkandidatin Dr. Insa Thiele-Eich thematisierte unter anderem, dass mehr Frauen ins Weltall müssten, aber bei der Auswahl von Kandidat*innen oft Anforderungen gestellt würden, die deutlich weniger Frauen als Männer erfüllen könnten. Dr. Sigrid Nikutta (Vorstand Deutsche Bahn AG) ging es

um die Bedeutung von Quoten: „Wenn die Hälfte von Vorständen weiblich besetzt ist, wird sich die gesamte Unternehmenskultur ändern.“ Die Veranstaltung wurde live aus dem Bundestag gestreamt und kann hier nachgesehen werden:

● gruene-bundestag.de/frauenabend



TERMINE

Bis auf Weiteres finden unsere Veranstaltungen ausschließlich digital statt. Gesundheitsschutz und Risikominimierung gehen vor.

UPDATE FÜR DEN BUNDES- VERKEHRSWEGEPLAN

Online-Fachgespräch am 12.04.21
AK 2-Koordination
TEL 030/227 59406
ak2@gruene-bundestag.de

GIRLS` DAY

Digitaler Zukunftstag am 22.04.21
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
TEL 030/227 59062
oea@gruene-bundestag.de

URHEBERRECHT MODERN GESTALTEN

Online-Fachgespräch am 23.04.21
AK 3-Koordination
TEL 030/227 58900
ak3@gruene-bundestag.de

FRAUENGESUNDHEIT STÄRKEN

Online-Fachgespräch am 27.04.21
AK 5-Koordination
TEL 030/227 51066
ak5@gruene-bundestag.de

Wir informieren hierüber auf
● [gruene-bundestag.de/termine](https://www.gruene-bundestag.de/termine)
sowie über unsere Newsletter.

PUBLIKATIONEN

Mehr unter:

- [gruene-bundestag.de/
publikationen](https://www.gruene-bundestag.de/publikationen)

FLYER

- 19|78 Garantiesicherung
- 19|77 Umweltgesundheit
- 19|76 Ja zu Europa
- 19|74 Klimaschutz kommunal
- 19|72 Rassismus bekämpfen
- 19|71 Frauen wollen mehr
- 19|70 Frieden fördern
- 19|69 100 % Ökostrom
- 19|68 E-Mobilität
- 19|30 Kohleausstieg
- 19|16 Kein Platz für Nazis
- 19|13 Menschenrechte
- 19|06 Arbeitswelt im Wandel

LEPORELLOS

- 19|75 Kreislaufwirtschaft
- 19|73 Verkehrswende
- 19|64 Barrierefreiheit
- 19|59 Gewerbemiete
- 19|58 Faire Wärme

KLAPPKARTE

- 19|65 Fleisch um jeden Preis?

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand
11011 Berlin, oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:

- [gruene-bundestag.de](https://www.gruene-bundestag.de)

VIDEOTIPP

FRAUEN BEWEGEN DIE WELT

Der März war Frauenmonat, doch für die Gleichberechtigung aller Frauen zu kämpfen, ist (leider) jeden Tag nötig. Gleiche Bezahlung, gleiche Chancen, keine Diskriminierung und keine Gewalt – das waren die Themen unserer Video-Reihe zum Weltfrauentag. Online weiterhin zu sehen unter:

- [gruene-bundestag.de/videos](https://www.gruene-bundestag.de/videos)

PODCAST


FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

Wir sprechen mit Agnieszka Brugger darüber, warum Frauen an die Verhandlungstische der Welt gehören. In unserer Podcast-Reihe „Uns geht's ums Ganze" stellen wir alle vier Wochen die parlamentarische Arbeit der grünen Bundestagsfraktion und unsere Abgeordneten persönlich vor.

- [gruene-bundestag.de/podcast](https://www.gruene-bundestag.de/podcast)

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/
gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)